

**Sonderkonferenz  
der Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder  
sowie Gespräch mit Frau Bundesministerin Stark-Watzinger  
und dem Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland  
am 19. Oktober 2023 in Berlin**

**Beschluss**

**TOP 1 Forschungs- und Technologieförderung sowie -Transfer**

Die ostdeutschen Länder haben nach der Wiedervereinigung Deutschlands im Zuge der Entwicklung einer neuen Wirtschaftsstruktur auch umfangreiche Transfererfahrungen zwischen Forschung und Unternehmen gesammelt. Dabei wurden verschiedene Ansätze für erfolgreichen Forschungs- und Technologietransfer entwickelt und mit der Unterstützung des Bundes gut funktionierende Transferstrukturen aufgebaut. Die daraus hervorgegangenen Transferinstrumente und -einrichtungen sind von essentieller struktureller Bedeutung für eine weitere positive wirtschaftliche Entwicklung. Um das volle Potential der Forschungsergebnisse aus den Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Berufsakademien und Unternehmen in Ostdeutschland auszuschöpfen sowie die Aufmerksamkeit potentieller Kooperationspartner und Investoren auf die Forschungs- und Entwicklungsergebnisse und die Innovationsmöglichkeiten in Ostdeutschland zu lenken, ist es notwendig, die Bedingungen für den Transfer von Forschungsergebnissen weiter zu verbessern, zu verstetigen sowie an neue Herausforderungen anzupassen und die Sichtbarkeit dieser Ergebnisse zu erhöhen.

1. Die Unternehmenslandschaft in Ostdeutschland wird im Wesentlichen durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägt. Unter den Bedingungen dieser spezifischen Wirtschaftsstruktur haben sich unterschiedliche Transferstrukturen entwickelt. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder sehen daher den Bedarf für transferbezogene Programme des Bundes, die sich gezielt auf die Spezifika der einzelnen Regionen anpassen lassen und damit einerseits die bereits etablierten lokalen Transferstrukturen und -netzwerke weiterhin unterstützen sowie sie andererseits besser vernetzen, um Synergien zu heben. Dazu werden lokal in den Strukturen verortete Projektträger benötigt, die die Programme des Bundes regional modifizieren können.
2. Die Bemühungen des Bundes, mit der Programmfamilie „Innovation & Strukturwandel“, insbesondere den Programmen WIR! und RUBIN, einen Anstoß für neue regionale Bündnisse und einen nachhaltigen innovationsbasierten Strukturwandel zu schaffen, wurden gut angenommen und haben zahlreiche erfolgreiche Transferprojekte initiiert. Dabei haben insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen gemeinsam mit den regionalen Forschungseinrichtungen profitieren können. Diese Erfolgsgeschichte sollte in den ostdeutschen Ländern mit ihrer klein- und mittelständischen Unternehmensstruktur, die fast alle ostdeutschen Regionen besonders prägt, fortgesetzt bzw. neu aufgelegt werden, um einen Wachstumsimpuls zu setzen und die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

3. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder beobachten die derzeitige Initiative des Bundes, bestehende Transferprogramme des Bundes wie EXIST-Potentiale zu überarbeiten und mit der neu gegründeten Deutschen Agentur für Transfer und Innovation (DATI) Transfernetzwerke in Deutschland zu stärken, mit Interesse. Sie weisen darauf hin, dass dies nicht zu einer Reduktion der Bundesmittel oder einem Rückzug des Bundes bei bestehenden Programmen führen darf. Außerdem müssen Programme, die bisher strukturschwachen Regionen vorbehalten sind, auch weiterhin in vollem Mittelumfang für diese Regionen zur Verfügung stehen.
4. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder sprechen sich mit Nachdruck dafür aus, aufgrund der besonderen Transferstärke der ostdeutschen Fachhochschulen die Zentrale der DATI in einem der ostdeutschen Länder anzusiedeln. Sie fordern den Bund auf, die bestehenden Netzwerke bei der Aufgabenausgestaltung der DATI einzubeziehen und transparent darzustellen, wie Organisationsstruktur, Budget, Zeitschiene, personelle Ausstattung, Ausrichtung der Förderung hinsichtlich Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW), Berufsakademien und Duale Hochschulen sowie eine Abgrenzung zu anderen Förderinstrumenten, wie beispielsweise dem Leuchtturmwettbewerb Startup Factories, erfolgen wird.
5. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder betonen, dass für eine gleichberechtigte Teilhabe der ostdeutschen Länder an den Förderprogrammen des Bundes eine finanzielle und organisatorische Ausgestaltung, die die Wirtschaftskraft der kleinteiligen Wirtschaftslandschaft der ostdeutschen Länder angemessen berücksichtigt und die Länder auch in der Fläche umfassend partizipieren lässt, von größter Bedeutung ist, um strukturelle Nachteile zu vermeiden. Im Interesse der Übersichtlichkeit und für KMU leichteren Handhabbarkeit sollten die Programmvierfalt und die Förderkriterien im Bereich Forschung und Entwicklung reduziert werden, ohne dass damit die Fördergegenstände geschmälert werden. Außerdem ist höchstes Augenmerk auf bürokratiearme, digitale Antragsverfahren zu legen.
6. Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, dass bei neu aufgelegten projektartigen Förderungen von Netzwerkstrukturen von Anfang an eine Verstetigungsperspektive sowohl hinsichtlich der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen als auch der Anschlussfinanzierung sichergestellt sein muss, um für Spitzenfachkräfte attraktive Arbeitsplätze mit Entwicklungsperspektiven garantieren zu können. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder bitten den Bund, der Nachhaltigkeit von geförderten Netzwerkstrukturen vom Beginn der Förderung an ein hohes Gewicht zu geben.
7. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder setzen sich vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und im Lichte großer Neuansiedlungen in den ostdeutschen Ländern dafür ein, gute Bedingungen dafür vorzuhalten, dass ausländische Studierende ein Studium an ostdeutschen Hochschulen aufnehmen und nach dem Studium in den ostdeutschen Ländern bleiben. Internationale Hochschulabsolventinnen und -absolventen erhalten in Deutschland eine ausgezeichnete akademische Ausbildung

und werden mit unserer Lebensweise und Kultur vertraut. Die Entscheidung nach ihrer Ausbildung in den ostdeutschen Ländern zu bleiben, ist ein dynamischer Prozess und von unterschiedlichen Faktoren abhängig. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder setzen sich deshalb dafür ein, dass vom ersten Tag der akademischen Ausbildung an auch auf die guten Entwicklungschancen in den ostdeutschen Ländern hingewiesen wird, frühzeitig erste Bindungen an die Wirtschaft, z. B. durch Praktika, ermöglicht und den Studierenden attraktive Bleibeperspektiven eröffnet werden. Die Sicherung des Studienerfolgs internationaler Studierender und die Stärkung der Schnittstellen zwischen Hochschule und Arbeitsmarkt sollen ebenfalls unterstützt werden.

8. Die Zusammenarbeit von Bund und ostdeutschen Ländern beim Aufbau einer außeruniversitären Forschungslandschaft hat sich in den zurückliegenden 30 Jahren bewährt und Leuchttürme herausragender wissenschaftlicher Forschung entstehen lassen. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder danken dem Bund für die fortgesetzte Aufbauarbeit, die es ermöglicht, Nachteile Ostdeutschlands im Bereich der Spitzenforschung auszugleichen. Um die entstehenden Erfolge zu erhalten und weiter zu fördern, sprechen sich die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder dafür aus, die bewährten Finanzierungsschlüssel zur Aufteilung der Kosten zwischen Bund und Ländern fortzuführen und auch bei neuen Einrichtungen anzuwenden.
9. Die Dekarbonisierung des Gebäudesektors ist ein wichtiger Transformationsprozess auf dem Weg zur Klimaneutralität. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder betonen, dass insbesondere Tiefengeothermie hierbei einen substantiellen Beitrag leisten kann und die gesellschaftliche Akzeptanz für die notwendige Transformation stärkt. Die etablierte Nutzung hydrothormaler Reservoirs verdeutlicht die Leistungsfähigkeit der Tiefengeothermie bereits heute. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder setzen sich jedoch dafür ein, dass der Bund auch die Forschung und Entwicklung bisher weitgehend ungenutzter petrothormaler Tiefengeothermiesysteme rasch und umfassend fördert, um deren Kosteneffizienz zu steigern. Zudem stellt das Fündigkeitsrisiko bei der Tiefengeothermie generell ein zentrales Investitionshemmnis dar. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder fordern daher den Bund auf, ein Instrument zur wirksamen Absicherung des Fündigkeitsrisikos einzuführen. Die ostdeutschen Länder bieten sich besonders an, um in Pilotvorhaben die Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit der Tiefengeothermie zu erforschen, denn sie verfügen über gut ausgebaute Fernwärmenetze. Bereits heute sind rund 30 Prozent der Haushalte an diese Netze angeschlossen. So können wichtige und übertragbare Ergebnisse gewonnen werden, die auch auf andere Regionen mit harten Festgesteinen und tektonischer Vorprägung übertragbar sind und das gesamte Potential der Tiefengeothermie in Deutschland erschließen.